

Von Brunnen, Bonanza und Gleichberechtigung

Hanau (mum). Auf den ersten Blick bot die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Montag wenig Prikkelndes. Und wenig Streitpotenzial. Gleichwohl gingen die Parlamentarier offenbar erholt in diese zweite Sitzung der neuen Legislaturperiode, denn das Mitteilungsbedürfnis zu Themen, über die eigentlich Einigkeit herrschte, war übergroß. Einige Punkte im Überblick:

► Historischer Ziehbrunnen:

In seinem Bericht des Magistrats konnte Oberbürgermeister Claus Kaminsky dem Gremium eine erfreuliche Mitteilung machen: Ein barocker Ziehbrunnen, der zu seiner Zeit wahrscheinlich im Bereich Gärtnerstraße seinen Platz hatte, kehrt nach Hanau zurück. Der ehrenamtliche Stadtrat Lutz Wilfert (FDP), Margret Dausien und Martin Hoppe vom Hanauer Geschichtsverein ersteigerten das gute Stück für 10 000 Euro unlängst in Frankfurt, wo es sich jahrelang im Eigentum des Brauereibesitzers Bruno H. Schubert befunden hatte.

Auch wenn die Stadt Hanau aufgrund einer Dokumentation, laut der der Brunnen „abgegeben“ wurde, schon öfter um die Rückführung nach Hanau gebeten hatte, „boten die drei sicherheitshalber mal mit“, so der OB sichtlich erfreut über den Erwerb des Brunnens. Sein neues Zuhause soll das gute Stück aller Wahrscheinlichkeit nach in der Hanauer Neustadt finden. Wo genau, soll im Zuge des Innenstadttumbaues entschieden werden.

► Aktuelle Haushalts- und Finanzlage:

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Ronald Battenhausen, erläuterte noch einmal die Folgen der geplanten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich: Für die Stadt Hanau könnten diese Kürzungen mit etwa vier Millionen Euro weniger Einnahmen zu

Buche schlagen. Battenhausen verurteilte dieses „Spielchen der Landesregierung“, das die Kommunen in die Handlungsunfähigkeit treibe, auf das Schärfste. In einer Resolution soll laut SPD-Fraktion die Regierung aufgefördert werden, diese Pläne zurückzunehmen.

Zu diesem Thema äußerte sich unter anderem auch die CDU. Deren Fraktionsvorsitzender Dieter Hog warb im Stadtparlament um Verständnis für Sparmaßnahmen und verwies auf das Konjunkturpaket, das 30 Millionen Euro in die Stadtkasse gespült habe. Er verurteilte die Ausgabenpolitik der Stadt, hinterfragte die Zahlen und Sparbemühungen und sorgte unfreiwillig für kollektive Erheiterung, als er sagte: „Uns wird nicht in die Tasche gegriffen, wir bekommen die vier Millionen eben einfach nicht.“

In seiner Entgegnung fand Oberbürgermeister Claus Kaminsky kernige Worte für die Opposition: „Mit den Aussagen, die Sie hier gemacht haben, verabschiedet sich die Hanauer CDU aus der kommunalen Familie.“ Es gebe keinen Kollegen im Städtetag, der nicht entsetzt sei von diesen Sparplänen, ganz gleich, aus welcher Partei er komme. Haushaltskonsolidierung in Hanau laufe nicht nur über ein strammes Sparpaket mit Haushaltssperren und Stellenbesetzungsstopp, sondern eben auch über die Ansiedlung neuer Firmen, die daraus generierte Gewerbe- und Grundsteuer sowie über deren Investitionen. „Wenn Sie über Sparen reden wollen, sehr, sehr gerne, aber dann sagen Sie doch, wo Sie sparen wollen“, so der OB zur unablässig meuternden CDU-Bank.

Es sei ein Offenbarungseid der Opposition, beim letzten Mal keinen einzigen Antrag mit Ideen zur Haushaltskonsolidierung einzubringen. Es gehe darum, was am Ende bei den Bemühungen rumkomme. Ka-

minsky: „Am Schluss werden bei Bonanza die Toten gezählt.“ Ein schönes Schlusswort, irgendwie.

► Posten und Stimmen:

In zwei Anträgen der Geschäftsordnung forderte die Linke mehr Mitspracherecht. Fraktionschef Jochen Dohn beharrte daher für seine Partei auf der Schaffung eines weiteren ehrenamtlichen Magistratspostens sowie eine Aufstockung der Ausschussmitglieder. Man sei nicht gleichberechtigt, wenn man ohne Stimmrecht sei, die politische Gestaltungsmöglichkeiten seien eingeschränkt.

Für den ehrenamtlichen Magistrat schlug er die Linken-Stadtverordnete Ulrike Hanstein vor: „Die harmonische Montagstreffen des Magistrats bekämen damit eine deutlich kritischere Note“, so Dohn. Nach längeren Diskussionen, speziell über die Aufstockung der Ausschüsse sowie über die Stimmberechtigung, gegen die sich sämtliche anderen Fraktionen aussprachen, wurden beide Anträge mit großer Mehrheit vom Parlament abgelehnt.

► Verschiedenes:

In ihrer Sitzung erklärte die Stadtverordnetenversammlung die eigene Wahl sowie die der verschiedenen Ortsbeiräte für gültig, befand über den Schulentwicklungsplan Teil B für die beruflichen Schulen und den neuen Nahverkehrsplan der Stadt Hanau, der sich vor dem Hintergrund der nordmainischen S-Bahn und der Stadtentwicklung verändert. Den Ehrentitel „Stadtältester“ bekamen für ihre mindestens 20-jährige kommunalpolitische Tätigkeit verliehen: Sigrud Börner, Ute Pfaff-Hamann, Ellen Schmitt, Jürgen Karthäuser, Nemed Sevim, Günter Sippel und Ferdinand Straßfeld.

HA. Mi., 18.05.2004